



»Neue Schule braucht das Land« – Perspektiven für eine neue Schul- kultur in Sachsen!

Ein Bildungspaket

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Inhalt

Vorwort	5
I. Schule und Corona	7
II. Drei Irrtümer über Schule	8
III. Der Vorstoß im Parlament: fünf Anträge	9
1. Eine neue Schulkultur	9
2. Eine Lehrplanreform	9
3. Ein Konzept Digitalität in der Schule	10
4. Ein Erfassen von Lernrückständen	10
5. Ein kommunales Bildungsmanagement	11
Anlagen	13
<i>»Neue Schule braucht das Land« – Perspektiven für eine neue Schulkultur in Sachsen! (Drucksachennummer 7/7005)</i>	15
<i>»Bildungspolitischen Blindflug im Kultusministerium beenden! Lernrückstände und Lernlücken schnellstens erfassen und gezielt schnell Abhilfe schaffen!« (Drucksachennummer 7/7118)</i>	19
<i>»Lehrpläne weiterentwickeln – Rahmenlehrpläne einführen« (Drucksachennummer 7/7119)</i>	22
<i>»Wege zu einer zeitgemäßen Bildung unter den veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität für die Schulen in Sachsen eröffnen!« (Drucksachennummer 7/7120)</i>	24
<i>»Kommunales Bildungsmanagement stärken – Kommunale Bildungslandschaft für das 21. Jahrhundert fit machen.« (Drucksachennummer 7/7121)</i>	29

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig
Titelbild: monkeybusinessimages / iStockphoto.com
Stand: Juli 2021

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion-sachsen.de**

Vorwort

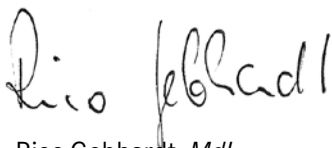
LINKE Vorschläge für eine neue Schulkultur in Sachsen

Die Erfahrungen der letzten Monate und Jahre haben den akuten Handlungsbedarf im Bildungsbereich aufgezeigt, nicht nur bei der Bewältigung der Corona-Krise, sondern ganz grundsätzlich. Die Corona-Pandemie hat die sozialen Schwachstellen von Schule offengelegt und verstärkt.

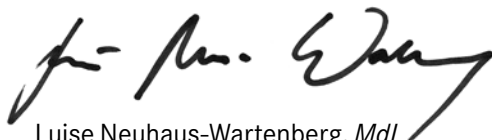
Wir finden, dass gerade jetzt die Chance besteht, über echte Perspektiven für eine neue Schulkultur in Sachsen zu sprechen, weil die Pandemie sehr deutlich gezeigt hat, woran es unserem Bildungssystem mangelt und was darüber hinaus ganz gewaltig schiefläuft.

Natürlich müssen zunächst die pandemiebedingten Lernrückstände bewältigt werden, ohne dabei tiefe Eingriffe in den Schuljahresablauf vorzunehmen oder gar zusätzliche Belastungen während der Schulferien zu schaffen. Parallel dazu müssen die grundlegenden Voraussetzungen für eine neue Lehr- und Lernkultur in Sachsen breit diskutiert und angegangen werden.

Schule ist keine Rennstrecke: Verstehen braucht Zeit, ebenso Muße, Umwege, Freiräume für Versuch und Irrtum, fürs Ausprobieren. Lernen verträgt sich schlecht mit der Stoppuhr. Schule und Unterricht können und müssen sich wandeln, insbesondere durch neue und zeitgemäße kommunikative Lehr- und Lernpraktiken, durch Selbstorganisation und Eigenmotivation, durch unterrichtsfachgrenzen- und altersstufenübergreifende Behandlung relevanter Themen. Wir haben ein Bildungspaket mit fünf parlamentarischen Initiativen erarbeitet, mit denen wir uns konstruktiv an dieser grundsätzlichen Debatte beteiligen wollen.



Rico Gebhardt, MdL
Fraktionsvorsitzender



Luise Neuhaus-Wartenberg, MdL
Sprecherin für Bildungspolitik

I. Schule und Corona

Schule als formbarer und reformbedürftiger Ort

Durch die Corona-Pandemie ist Bewegung in die Bildungspolitik gekommen. Was vorher undenkbar erschien, das war auf einmal machbar. Andere Unterrichtsformen und -orte zum Beispiel, eine Flexibilisierung von Lehrplänen u.a.m. Hier trifft das Sprichwort zu: Not macht erfindereich.

Die soziale Funktion von Schule stärken

Zum Erstaunen vieler Beobachter haben sich die Schüler*innen den Schulbesuch zurückgewünscht; weniger wegen des Unterrichts als aus Gründen der Geselligkeit, des tagtäglichen Umgangs mit Freunden und Mitschüler*innen. Das unterstreicht die soziale Funktion von Schule.

Die Corona-Pandemie hat:

- die soziale Schiefelage der Schule offengelegt und verstärkt. Eine Verbesserung der sozialen Qualität von Schule könnte auch die Bildungsungleichheiten vermindern, darin sind sich Bildungsforscher einig.
- Schwächen und Defizite sichtbar gemacht, von denen viele vorher schon bekannt waren: die soziale Auslese, die Notengebung als Farce, die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten.

Kein Zurück zur üblichen Unterrichtspraxis

Eine Rückkehr zur Praxis des an Lernergebnissen ausgerichteten Unterrichts – also die Wiederbelebung des Verständnisses von Schule, Lehrplan und Unterricht als ein standardisiertes Pflichtprogramm, dessen Absolvierung man gegen Zertifikate eintauscht –, wird es allein schon wegen der unsicheren Pandemielage nicht geben.

II. Drei Irrtümer über Schule

Für mehr Eigenständigkeit und Selbstregulation beim Lernen

DIE LINKE will die während der Experimentierphase im vorgegebenen Rahmen des Schulsystems gemachten Erfahrungen aufgreifen und für die Entwicklung einer **zeitgemäßen Lehr- und Lernkultur sorgen**. Dafür braucht es eine innere Schulreform.

DIE LINKE räumt mit **drei Irrtümern** über Schule auf:

1. das Lernen ist ein linearer Prozess der Anhäufung,
2. die Schule hat möglichst vielen Kindern in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Wissen zu vermitteln,
3. die Qualität von Schule bemisst sich allein oder vorrangig an der Erfüllung dieser Aufgabe.

Schule ist keine Rennstrecke: Verstehen braucht Zeit, ebenso Muße, Umwege, Freiräume für Versuch und Irrtum, fürs Ausprobieren. Lernen verträgt sich schlecht mit der Stoppuhr.

Schule und Unterricht können und müssen sich wandeln, insbesondere durch neue und zeitgemäße kommunikative und kollektive Lehr- und Lernpraktiken, durch Selbstorganisation und Eigenmotivation, durch unterrichtsfachgrenzen- und altersstufenübergreifende Behandlung relevanter Themen.

Schule sollte als ein Ort der Begegnung von Generationen und von Kulturen verstanden werden, mit der Aufgabe, gemeinsame Orientierungen zu entwickeln, die trotz aller Verschiedenheit tragfähig sind.

III. Der Vorstoß im Parlament: fünf Anträge

1. Eine neue Schulkultur:

*»Neue Schule braucht das Land« –
Perspektiven für eine neue Schulkultur in Sachsen!
(Drucksachenummer 7/7005)*

Wie nötig eine Reformdebatte ist und wie das Verständnis von Schule in Sachsen aussieht, zeigt der Widerspruch zwischen der praktizierten Bildungspolitik und der Kritik daran aus der Elternschaft. Während die offizielle Bildungspolitik eine recht einseitige Leistungsorientierung vertritt, haben Eltern das Wohl ihrer Kinder im Auge. Sie kritisieren eine »Lehrplanüberfrachtung« mit »einem »seelenlosen« Fakten- und Detailwissen« und zu hohe Anforderungen. So verlangen die Lehrpläne den »Schülerinnen und Schülern am Ende der Sekundarstufe I in methodischer und fachlicher Hinsicht Kenntnisse ab, die eigentlich in ein akademisches Studium gehören«.

Die hohe Unterrichtsbelastung führt dazu, dass »für den Moment und die nächste Klassenarbeit gelernt«, den Schülerinnen und Schülern jedoch »die Freude am Lernen und die experimentelle Neugier, die Motor menschlicher Entwicklung war und ist, genommen« wird. Einschlägige wissenschaftliche Studien bestätigen diese Kritik der Eltern. Die Klagen von Schülerinnen und Schülern über eine zu hohe Belastung im Unterricht sind weniger ein Ausdruck subjektiven Unvermögens als ein Versagen der Schule. Die sog. leistungsfördernden Schulstrukturen und Ansprüche im Unterricht führen zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler, in deren Folge psychische Probleme bei den Betroffenen auftreten bis hin zur Schulverweigerung.

2. Eine Lehrplanreform:

*»Lehrpläne weiterentwickeln – Rahmenlehrpläne einführen«
(Drucksachenummer 7/7119)*

Rahmenlehrpläne bieten mehr Freiräume für Lehrende und Lernende und eine stärkere Orientierung an den lebensweltlichen Belangen von Schülerinnen und Schülern. Sie verzichten auf eine detaillierte Prozessplanung des Unterrichts und folgen einem relativ offenen Planungsmodus. Die Mitgestaltung des Unterrichts durch die Schülerinnen und Schüler sowie

Eigenständigkeit und Selbstregulation beim Lernen spielen eine große Rolle. Der Unterricht ist von vornherein stärker projektbezogen und handlungsorientiert angelegt. Damit entspricht er den Erfordernissen einer modernen Sozial- und Arbeitswelt.

3. Ein Konzept Digitalität in der Schule:

*»Wege zu einer zeitgemäßen Bildung unter den veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität für die Schulen in Sachsen eröffnen!«
(Drucksachenummer 7/7120)*

In einer Kultur der Digitalität ist Schule nicht mehr nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern auch ein Lernort, an dem Kinder und Jugendliche Bildungserfahrungen gemeinschaftlich sammeln und teilen. Außerdem muss Schule nicht mehr nur an einem Ort stattfinden; es bedarf der Erweiterung analoger und digitaler Räume, in denen Kinder die Freiheit haben, miteinander zu kooperieren und zu kollaborieren, verbunden mit einer vielfältigen und einfach zu wartenden medialen Ausstattung.

4. Ein Erfassen von Lernrückständen:

*»Bildungspolitischen Blindflug im Kultusministerium beenden!
Lernrückstände und Lernlücken schnellstens erfassen und gezielt schnell
Abhilfe schaffen!«
(Drucksachenummer 7/7118)*

Zu den psychischen und sozialen Auswirkungen gibt es bundesweit erste Studien. In Sachsen fehlt es an verlässlichen und belastbaren Antworten darauf, wie groß die Lernrückstände aufgrund von Schulschließung, Hybrid- und Fernunterricht tatsächlich sind; in welchen Jahrgängen und in welchen Fächern sich die größten Lerndefizite zeigen; inwieweit sich dabei die soziale Herkunft, das Geschlecht und ein Migrationshintergrund ausgewirkt haben; welche Rolle die digitale Ausstattung der Schulen und die Professionalität der Lehrkräfte spielen.

5. Ein kommunales Bildungsmanagement:

*»Kommunales Bildungsmanagement stärken –
Kommunale Bildungslandschaft für das 21. Jahrhundert fit machen.«
(Drucksachennummer 7/7121)*

Die Kommunen sind der Ort, an dem die Menschen ihre täglichen Erfahrungen mit dem Bildungswesen machen – vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Berufs- und Weiterbildung. Sie sind der Ort, an dem die Menschen leben und ihren Bildungsweg gehen. Als Träger vieler verschiedener Bildungseinrichtungen tragen Gemeinden, Städte und Landkreise eine große Verantwortung. Die Erwartungen der Menschen an bestmögliche, vielfältige und zeitgemäße Bildungsangebote steigen.

Bundesweit haben 321 Landkreise und Städte Formen der Zusammenarbeit entwickelt und das kommunale Bildungsmanagement mit dem Ziel, durch Bildung zu integrieren, vorangebracht. Der Bund fördert das kommunale Bildungsmanagement.

Anlagen

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

**Thema: „Neue Schule braucht das Land“ – Perspektiven für eine neue
Schulkultur in Sachsen!**

Der Landtag möge beschließen:

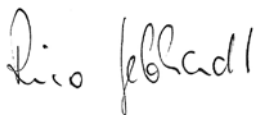
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

ausgehend von den Erfahrungen und festgestellten systemischen Defiziten bei der Bewältigung der schulischen Problemlagen und entstandenen Lernrückständen infolge der Coronavirus-Pandemie die Schulen in Sachsen schnellstens sächlich, organisatorisch finanziell sowie personell so auskömmlich auszustatten und aufzustellen, dass

1. die schulischen Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen (Unterrichten) in Sachsen sowie für die Entfaltung einer zeitgemäßen **Lehr- und Lernkultur** in den Schulen deutlich verbessert werden.
2. das gemeinsame Wohl von Lehrer*innen und Schüler*innen zielgerichtet gefördert wird.
3. das Lehren und Lernen in einer Schule der pädagogischen Vielfalt ermöglicht wird.
4. die Lernprozesse und Schulstrukturen an jeder Schule so gestaltet werden können, dass
 - a) die **Lernmotivation** gestärkt sowie die Neugier und Entdeckerlust geweckt wird, indem auf einseitige Leistungsansprüche verzichtet wird, die seelischen Druck bei Schüler*innen erzeugen und sie demotivieren.
 - b) die **Eigenaktivität** von Schüler*innen mittels Lernen im Team und der Arbeit an Projekten gefördert wird, was zu eigenen Erfolgserlebnissen beiträgt und das Selbstwertgefühl von Schüler*innen stärkt (kollektives Lernen).

Dresden, den 6. Juli 2021

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- c) statt des derzeitig herrschenden eingeschränkten Leistungsbegriffs ein **ganzheitlicher Leistungsbegriff** angewendet wird, der aus den drei Komponenten: dem kognitiven Lernen, dem emotionalen Lernen und dem sozialen Lernen besteht.
- d) ein **konkurrenzfreies Lernklima** der wechselseitigen Anerkennung und Kooperation geschaffen wird.
- e) zur Bereicherung der künstlerischen und kulturellen Wahrnehmungs- und Erfahrungsweise der Lehrer*innen und Schüler*innen außerschulische Lernformen und -orte wie (Jugend)Theater, Museen, Kunstsammlungen und Bibliotheken u. a. genutzt werden (**kulturelles Lernen, Ganztagsangebote**).
- f) **aktive Bewegung, Sport und Spiel** zur Förderung grundlegender Kompetenzen der Schüler*innen in die Gestaltung des Lern- und Lebensraumes Schule eingebettet sind.
- g) Lehrer*innen und Schüler*innen mit den erforderlichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen für **digitales Lehren und Lernen** ausgestattet werden.
- h) die monokulturelle Ausrichtung der Schule und des Unterrichts durch die gleichberechtigte Einbeziehung der Sichtweisen anderer Kulturen abgelöst wird (**interkulturelles Lernen**).
- i) ein **differenzierter Umgang mit Lernzeit** praktiziert, der an den Schüler*innen und deren unterschiedlicher Lerngeschwindigkeit orientiert ist, die nicht im „Gleichschritt“ lernen, sondern in unterschiedlichem Tempo.
- j) die Schüler*innen zur selbständigen Entscheidung und zum Aushandeln in den Unterricht und in den Schulalltag aktiv einbezogen werden (**Demokratie und Mitbestimmungsfähigkeit**).
- k) allen Kindern und Jugendlichen einen **barrierefreien integrierten Zugang** bei einem möglichst **langen gemeinsamen Schulbesuch** erlaubt wird (**inklusives Lernen**).
- l) allen Schüler*innen, Schulklassen und Familien ein Anrecht für einen kostenfreien Zugang zu Einrichtungen und Angeboten von Kunst und Kultur gewährt wird, der aus Landesmitteln finanziert wird (**staatlich finanziertes Kunst- und Kulturanrecht**).

Begründung:

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE haben Schule und Unterricht die Aufgabe, die Freude am Lernen, das Wohl der Heranwachsenden zu fördern und das Selbstwertgefühl der Schüler*innen zu stärken.

Um einer „kindswohlgefährdenden Unterrichtsbelastung“ vorzubeugen und die Schüler*innen nicht zu entmutigen und zu demotivieren hält die Fraktion DIE LINKE – neben einer äußeren – eine *innere Schulreform* für dringend erforderlich.

Zu verbessern sind die finanziellen, personellen und räumlichen Bedingungen für die Bildung, um eine dementsprechende Schul- und Unterrichtskultur praktizieren zu können. Eine moderne, gleichwohl soziale Schule zeichnet sich durch eine solidarische und demokratische Lernkultur aus. In ihr ist – bildhaft ausgedrückt – beides möglich: „Kuscheln und Leistung“.

Beides, so der Erziehungswissenschaftler Peter Struck, schließt einander nicht aus, sondern bedingt einander.

Zugleich muss dabei mit den immer noch vorherrschenden drei Irrtümern über die Schule:

1. das Lernen ein linearer Prozess der Anhäufung sei,
2. die Schule möglichst vielen Kindern in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Wissen zu vermitteln habe,
3. die Qualität von Schule sich allein oder vorrangig an der Erfüllung dieser Aufgabe bemesse, grundlegend aufgeräumt werden.

Schule ist keine Rennstrecke: Verstehen braucht Zeit, ebenso Muße, Umwege, Freiräume für Versuch und Irrtum, fürs Ausprobieren. Lernen verträgt sich schlecht mit der Stoppuhr.

Ein **Kriterium für die Qualität einer Schule** ist, wie sie unterschiedliche Lernformen und Lernhilfen einsetzt, wie sie multiple Intelligenzen bedient, wie sie auch und gerade die Lernschwachen durch erreichbare Erfolge zu ermutigen versucht, durch Öffnung des Unterrichts, individualisierende Hilfen und Übungen, praktisches Lernen. „Auf das Wie kommt es an, auf das Lernklima, die Schulkultur. Qualitätssicherung braucht den Blick auf das Besondere, den die Vergleichszahlenkolonnen mehr zuschütten als fördern.“¹

Eine Reform der Bildung, die mehr anstrebt als kurzfristiges Qualitätsmanagement um ökonomischer Standortvorteile willen, bedarf nach Überzeugung der einreichenden Fraktion DIE LINKE einer grundsätzlichen und offenen Debatte über die Defizite des gegenwärtigen Bildungssystems und notwendiger Veränderungen.

Wie nötig eine Reformdebatte ist und wie das Verständnis von Schule in Sachsen aussieht, zeigt der Widerspruch zwischen der praktizierten Bildungspolitik und der Kritik daran aus der Elternschaft. Während die offizielle Bildungspolitik eine recht einseitige Leistungsorientierung vertritt, haben Eltern das Wohl ihrer Kinder im Auge. Sie kritisieren eine „Lehrplanüberfrachtung“ mit „einem ‚seelenlosen‘ Fakten- und Detailwissen“ und zu hohe Anforderungen. So verlangen die Lehrpläne den „Schülerinnen und Schülern am Ende der Sekundarstufe I in methodischer und fachlicher Hinsicht Kenntnisse ab, die eigentlich in ein akademisches Studium gehören“.

Die hohe Unterrichtsbelastung führt dazu, dass „für den Moment und die nächste Klassenarbeit gelernt“, den Schülerinnen und Schülern jedoch „die Freude am Lernen und die experimentelle Neugier, die Motor menschlicher Entwicklung war und ist, genommen“ wird. Einschlägige wissenschaftliche Studien bestätigen diese Kritik der Eltern. Die Klagen von Schülerinnen und Schülern über eine zu hohe Belastung im Unterricht sind weniger ein Ausdruck subjektiven Unvermögens als ein Versagen der Schule. Die sog. leistungsfördernden Schulstrukturen und Ansprüche im Unterricht führen zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler, in deren Folge psychische Probleme bei den Betroffenen auftreten bis hin zur Schulverweigerung.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE besteht ausgehend von den Erfahrungen und festgestellten systemischen Defiziten bei der Bewältigung der schulischen Problemlagen und entstandenen Lernrückständen infolge der Coronavirus-Pandemie in Sachsen nicht nur ein höchst akuter Handlungsbedarf.

¹ Marianne von der Groeben: Woran bemisst sich die Qualität einer Schule? Bielefeld 1999, S. 6

Vielmehr besteht gerade jetzt die Chance, Schüler*innen und deren Eltern sowie Lehrer*innen eine Perspektive für eine Schule zu bieten, die die erforderlichen Rahmenbedingungen für ein Lehren und Lernen sowie die Entfaltung einer neuen Lehr- und Lernkultur in den Schulen schafft. Damit sollen das gemeinsame Wohl von Lehrer*innen und Schüler*innen gefördert sowie das Lehren und Lernen in einer Schule der pädagogischen Vielfalt ermöglicht werden.

Mit einem solchen, auch gegen künftige krisenhafte Ereignisse gewappneten Schulsystem lassen sich nicht nur durchgreifende Lerndefizite vermeiden, sondern auch die im Laufe der Corona-Pandemie eingetretenen Lernrückstände bewältigen, ohne dazu tiefgreifende Eingriffe in den Schuljahresablauf oder gar zusätzliche Belastungen für Schüler*innen und Lehrer*innen in den Schulferien vorzunehmen.

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Bildungspolitischen Blindflug im Kultusministerium beenden: Lernrückstände und Lernlücken schnellstens erfassen und gezielt schnell Abhilfe schaffen!**

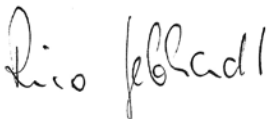
Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- I. unverzüglich alle erforderlichen personellen, finanziellen und konzeptionellen Maßnahmen (Monitoring, Diagnostik und kompensatorische Förderung) zu ergreifen und notwendige Vorkehrungen zu treffen, um schnellstmöglich bis zum Ende des laufenden Schuljahres eine wissenschaftlich fundierte und damit aussagekräftige Erhebung über die in Folge der Coronavirus-Pandemie eingetretenen Lernrückstände und Lernlücken bei Schüler*innen an allen sächsischen Schulen (Lernrückstands-/Lernlückenerhebung) durchzuführen und deren Ergebnis dem Landtag zu Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, mit der insbesondere:
 1. die in der Zeit der Coronavirus-Pandemie erbrachten individuellen Lernleistungen der Schüler*innen im Vergleich mit dem vorherigen Leistungsstand erfasst und bewertet werden sollen (Individualdiagnostik).
 2. die bisher nur vermuteten Lernrückstände der Schüler*innen und zwar hinsichtlich Alterskohorten, Klassenstufen, Geschlecht, Fachspezifik, sozialer Herkunft und Zuwanderungshintergrund tatsächlich und umfassend ermittelt werden (klassenbezogene Lernstandsdiagnostik).

Dresden, den 13. Juli 2021

- b. w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

3. auf der Basis dieser wissenschaftlichen Erhebungen und Untersuchungen mit unmittelbarer Einbeziehung der diesbezüglichen Erfahrungen europäischer Nachbarländer – wie Niederlande, Belgien und Schweiz – verbindliche und gezielte Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Lernrückstände und zur Schließung vorhandener Lernlücken unter besonderer Berücksichtigung der Situation und Bedarfslagen von Schüler*innen in der Primarstufe, mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder nichtdeutscher Herkunftssprache (diagnosebasierte Fördermaßnahmen).
- II. die für die unverzügliche Umsetzung der nach Antragspunkt I. festgestellten Maßnahmen zur Behebung von Lernrückständen und zur Schließung von Lernlücken erforderlichen finanziellen Mittel in auskömmlicher Höhe aus dem Staatshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Infolge der Coronavirus-Pandemie sind der Schulalltag und das Lernen in Sachsen seit dem Monat März 2020 auf den Kopf gestellt: Schule zu, Schule auf. Mal Präsenzunterricht, mal Hybridunterricht, mal Fernunterricht – mit gravierenden Unterschieden, sowohl was das Engagement der Lehrkräfte als auch den Lernerfolg der Schüler*innen angeht. In Sachsen ist der Präsenzunterricht fast ein halbes Jahr lang ausgefallen. Diese Einschränkungen blieben nicht ohne Folgen für die soziale und psychische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, aber auch für ihren Lernstand.

Wer hier tatsächlich und nachhaltig Abhilfe schaffen will, muss nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE zunächst einmal erfassen und wissen, wo das Problem liegt und wer von ihm betroffen ist. Dabei gilt es insbesondere zu erfragen: Welche Brüche sind entstanden? Was bedeuten zerbrochene Alltagsstrukturen? Was bedeuten Brüche in Beziehungen zwischen Schüler*innen und Lehrkräften, Schüler*innen untereinander? Welche Folgen haben Abbrüche in Lernverläufen, extremer Medienkonsum, Bewegungsmangel, problematische Ernährung, Verlust von Selbstvertrauen und zunehmende Isolation?

Die Lehrkräfte werden im nächsten Schuljahr vor einer riesigen Herausforderung stehen: Da ist zum einen die grundsätzliche Forderung, wieder zur schulischen Normalität zurückzukehren, und zum anderen der Anspruch, den Schüler*innen auch die erforderliche Zeit zu geben für eine Erneuerung der sozialen Beziehungen und für das Wieder-Hineinfinden ins schulische Umfeld.

Zu den psychischen und sozialen Auswirkungen gibt es bundesweit erste Studien (COPSY-Studie, JuCo-Befragung). Gleichwohl fehlt es (auch) in Sachsen an verlässlichen und belastbaren Antworten darauf, wie groß die Lernrückstände aufgrund von Schulschließung, Hybrid und Fernunterricht tatsächlich sind; in welchen Jahrgängen und in welchen Fächern sich die größten Lerndefizite zeigen; inwieweit sich dabei die soziale Herkunft, das Geschlecht und ein Migrationshintergrund ausgewirkt haben; welche Rolle die digitale Ausstattung der Schulen und die Professionalität der Lehrkräfte spielen.

In Sachsen - wie in fast allen Bundesländern auch – gibt es bisher keine abgesicherten Daten oder gar wissenschaftlich fundierte Erhebungen hierzu. Erst, wenn diese vorliegen, kann in einem zweiten Schritt diskutiert werden, welche Möglichkeiten es gibt, gezielt die festgestellten Lernrückstände zu kompensieren.

Daher muss der derzeitige bildungspolitische Blindflug, in dem sich auch das sächsische Kultusministerium befindet, schnellstmöglich beendet werden: Wir brauchen Klarheit über die tatsächlichen Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen.

Laut Medieninformation vom 3. Juni 2021 will das Sächsische Staatsministerium für Kultus in den nächsten zwei Jahren den Schulen in Sachsen zur Beseitigung von Lernrückständen Finanzmitteln aus dem gemeinsamen Corona-Aufholprogramm des Bundes und der Länder (insgesamt 97 Millionen Euro) zur Verfügung stellen. „Mit dem Programm wollen wir sicherstellen, dass diejenigen Schülerinnen und Schüler Unterstützung bekommen, die Hilfe am dringendsten benötigen,“ so Kultusminister Piwarz, der sich dabei zugleich aus der eigenen Verantwortung für eine desaströse Schulpolitik zu stehlen versucht: „Wichtig ist uns bei der Umsetzung der Förder- und Nachhilfeangebote, dass die Schulen eigenverantwortlich über deren Ausgestaltung und die Zusammenarbeit mit Partnern entscheiden können. Sie kennen am besten die Bedarfe und Kooperationsmöglichkeiten vor Ort.“

Die Schulen werden damit allein gelassen und bleiben allein auf ihre eigenen Erfahrungen angewiesen. Die Rückmeldungen der Lehrkräfte bieten dabei zumindest erste Anhaltspunkte für zu vermutende unterschiedlich hohe Lernrückstände.

Deshalb werden sie nicht „normal“ weitermachen können mit denselben Inhalten, derselben Anzahl der Klassenarbeiten, demselben Tempo, um so eineinhalb Jahre eines fortwährenden schulischen Ausnahmezustandes abzufedern. Die Lehrkräfte brauchen dafür Zeit und Raum, um die unterschiedlichen Situationen in den Klassen zu analysieren, vorhandene Kompetenzen zu würdigen, bei Problemen zu helfen und das soziale Miteinander wieder in Gang zu bringen.

Dabei sollten durch gezieltes Oversampling bestimmte Schülergruppen (z.B. Schüler*innen der Klassenstufen 1 bis 4, mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache) genauer untersucht werden, um dann in den folgenden Schuljahren gezielte Maßnahmen entwickeln zu können. Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf müssen dabei besonders berücksichtigt werden, ihre aktuelle Situation ist in der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgeblendet worden.

Was wir daher dringend brauchen sind:

- gesicherte Erkenntnisse über die kognitiven, sozialen und psychischen Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen.
- diagnosebasierte, wissenschaftlich fundierte Förderkonzepte und auf dieser Grundlage verbindliche zusätzliche Fördermaßnahmen.
- ein passgenaues und finanziell auskömmlich ausgestattetes Förderprogramm von Bund und Ländern, um die pandemiebedingten Defizite auszugleichen und die Bildungschancen der benachteiligten Schüler*innen nachhaltig zu verbessern.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE steht die Staatsregierung hier in der direkten politischen Verantwortung, schnellstmöglich eine dem entsprechende wissenschaftlich fundierte, belastbare und verlässliche Lernrückstands-/Lernlückenerhebung zu erarbeiten und bis zum Ende des Schuljahres vorzulegen. Auf dieser Grundlage sind konzeptionelle Maßnahmen zur gezielten Behebung des Lernrückstandes abzuleiten und umzusetzen sowie auskömmlich zu finanzieren.

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Lehrpläne weiterentwickeln – Rahmenlehrpläne einführen!

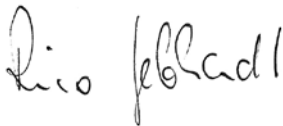
Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

die im Verlaufe der Coronavirus-Pandemie in Gang gekommene Diskussion über eine notwendige Flexibilisierung von Lehrplänen und deren Handhabung zur Aufrechterhaltung eines eingeschränkten (minimalen) Schulunterrichts für eine grundlegende Reform der Lehrpläne an sächsischen Schulen und ein zeitgemäßes Lehren und Lernen in den Schulen im Freistaat Sachsen aufzugreifen und zu nutzen sowie zu diesem Zweck unverzüglich eine Lehrplankommission mit der Aufgabe zu berufen, im Anschluss an die öffentliche Diskussion bis Ende dieses Jahres entsprechende Rahmenlehrpläne für den Schulunterricht in Sachsen zu erstellen und den Ausschuss für Schule und Bildung des Landtages regelmäßig und ausführlich über den Arbeitsstand diese Tätigkeit der Lehrplankommission zu unterrichten.

Dresden, den 13. Juli 2021

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die traditionelle Funktion von Lehrplänen besteht darin, den Unterricht zu steuern und an seinem sog. Output zu messen. Zu dem Zweck sind Lehrpläne mit konkreten Wissensbeständen angefüllt und weisen eine straffe Zeitplanung auf – beides ist von einer hohen Verbindlichkeit für Lehrende und Lernende. Die Lehrkräfte haben sich eng an die Vorgaben des Lehrplanes zu halten und sie umzusetzen. Zwar wird die Wirksamkeit detaillierter Lehrpläne hoch bewertet, doch zumeist vollkommen überschätzt.

Die übliche Praxis des am sog. Output - den Lernergebnissen - ausgerichteten Unterrichts führt zur Wiederbelebung des klassischen Verständnisses von Schule, Lehrplan und Unterricht als ein standardisiertes Pflichtenprogramm, dessen Absolvierung man gegen Zertifikate eintauscht.

An der Steuerungsfunktion des Unterrichts ändert auch die vom Kultusministerium eingeleitete Überarbeitung der Lehrpläne nichts, deren Veröffentlichung für den Juli 2021 vorgesehen ist, also noch vor Beginn des neuen Schuljahres. Zwar hat auch die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag vom 21. Januar 2021 eine Überarbeitung der bestehenden Lehrpläne gefordert, um „den Lehrerinnen und Lehrern eine flexible Handhabung der Lehrpläne zu ermöglichen und ihnen dafür eine entsprechende Handreichung durch das Sächsische Bildungsinstitut (SBI) zur Verfügung zu stellen“ (Drs 7/5354). Doch auf diesen ersten, durch die Coronavirus-Pandemie erforderlichen Schritt zur Aufrechterhaltung des Schulunterrichts im Schulhalbjahr 2021 sollte ein zweiter Schritt folgen: Die Einführung von Rahmenlehrplänen (eine Modernisierung des Unterrichts). Diese sind auch deshalb nötig, um künftig vor bzw. gegen vergleichbare Ausnahmesituationen und Gefahrenlagen wie der jetzigen Pandemie gewappnet zu sein.

Schule und Unterricht „vom Fach aus“ und nicht „vom Kind aus“ zu denken, widerspricht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE dem Sinn und Zweck einer individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern. Die in der Unterrichtsschule vorherrschende fachorientierte Perspektive erfordert eine Standardisierung der Lehrpläne und des Unterrichts, die den Schülerinnen und Schülern ein abstraktes und formales Wissen abverlangt. Das bedeutet eine Abkehr von den lebensweltlichen Kontexten der Schülerinnen und Schüler und den entsprechenden Lehr- und Lernkompetenzen. Die Leistungserbringung erfolgt häufig auf Kosten der sozialen Verträglichkeit.

Rahmenlehrpläne bieten dagegen mehr Freiräume für Lehrende und Lernende und eine stärkere Orientierung an den lebensweltlichen Belangen von Schülerinnen und Schülern. Sie verzichten auf eine detaillierte Prozessplanung des Unterrichts und folgen einem relativ offenen Planungsmodus. Die Mitgestaltung des Unterrichts durch die Schülerinnen und Schüler sowie Eigenständigkeit und Selbstregulation beim Lernen spielen eine große Rolle. Der Unterricht ist von vornherein stärker projektbezogen und handlungsorientiert angelegt. Damit entspricht er den Erfordernissen einer modernen Sozial- und Arbeitswelt.

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Wege zu einer zeitgemäßen Bildung unter den veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität für die Schulen in Sachsen eröffnen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

I.

dem Landtag ein „Konzept für eine zeitgemäße Bildung unter den veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität an den Schulen in Sachsen“ zur Lösung der nachfolgenden dringenden Herausforderungen und Grundperspektiven der Digitalisierung für das sächsische Bildungssystem zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

1. Digitalisierung als **Bildungsgegenstand:**

- Digitalisierung verstehen, beurteilen und gestalten: Unterricht muss zum Verstehen der Digitalisierung als prägendes Zeitphänomen anleiten.
- Fachunterricht muss Digitalisierung kritisch beurteilen und produktiv gestalten lehren.

2. Digitalisierung als **Medium:**

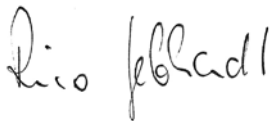
- Digitale Geräte und Anwendungen im Fachunterricht forcieren.
- Digitale Geräte und Anwendungen können praktische Helfer im Unterricht sein.
- Fachunterricht kann von neuen Zugangs- und Erkenntnisweisen profitieren.
- Der Einsatz digitaler Medien im Unterricht unterliegt dabei dem didaktischen und pädagogischen Urteil der Lehrkräfte.

3. Digitalisierung als **Erziehungsaufgabe** (Medienpädagogik):

- Der verantwortliche Umgang mit digitalen Medien ist Erziehungsaufgabe von Eltern und Schule mit dem Ziel der Medienmündigkeit (das ist mehr als Medienkompetenz).

Dresden, den 13. Juli 2021

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- Unterricht und schulische Erziehungskonzepte können kritische Reflexion anleiten und alternative Möglichkeiten des sozialen Miteinanders und der Weltbegegnung aufzeigen.

4. Digitalisierung als **Transformation**:

- Der medien-kommunikative und der soziokulturelle Wandel sind dabei ineinander verwoben, wobei sich immer komplexere mediale Kommunikationsformen entwickeln.
- Die schulische Bildung ist davon nicht ausgenommen, wobei sich auf der Lehr-/Lernebene vor allem die Frage stellt, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf das Lernverhalten haben wird, wie sich Lerngewohnheiten verändern und welche Rolle dem informellen und selbstgesteuerten Lernen im Zeitalter von Wikipedia, YouTube und Social Networks gegenüber traditionellen Bildungsangeboten zukommt.

5. Digitalisierung als **Infrastruktur**:

- Verständnis dafür fördern, dass die technische Ausstattung der Schulen (Internetzugang, Schulserver, Lernplattformen usw.) und ggf. der Einsatz digitaler Medien im Unterricht nicht mit Digitalisierung gleichgesetzt bzw. auf diese reduziert werden darf.
- Bereitstellung, Pflege und Betreuung einer den Herausforderungen und Anforderungen nach den Punkten 1. bis 4. entsprechenden technischen Infrastruktur für alle Schulen

und die für die zielgerichtete Umsetzung des Konzeptes erforderlichen organisatorischen, sächlichen, personellen und finanziell auskömmlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

II.

bis zur Vorlage des Konzeptes nach Antragspunkt I. die bereits jetzt zur Verfügung stehenden Wege und Möglichkeiten zur erforderlichen Anpassung der Bildung an die veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität an den Schulen in Sachsen zu nutzen und dazu insbesondere:

1. **Medienkompetenz als Bildungsziel zu etablieren durch:**

- Stärkung der Medienkompetenz der Lehrer*innen und Schüler*innen.
- Vermittlung digitaler Souveränität/Medienkompetenz an Schüler*innen, damit sie in digitalen Räumen angemessen und verantwortungsvoll kommunizieren und interagieren können.
- Ausstattung mit erforderlichem Wissen und Rüstzeug als eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Digitalisierung im Bereich der Schule.
- Ausloten der Chancen und Grenzen der Digitalisierung im Bildungsbereich.
- Verständnis der Digitalisierung als einen Beitrag zur Profilierung eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses.
- Ergänzung der klassischen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen um die Medienkompetenz als „vierte Kulturtechnik“
- Transformation der Schule von Orten der Wissensvermittlung zu Orten der Lern- und Bildungserfahrung, die durch didaktische und pädagogische Konzepte den Umgang mit digitalen Medien und Instrumenten erklären, fördern und so auch die „digitale Spaltung“ in der Gesellschaft verringern.

2. die infrastrukturellen Ziele der Digitalisierung umzusetzen durch:

- Ausbau der schulischen Infrastruktur der Schulen in Sachsen dahingehend, dass ein durch digitale Medien und Technologien unterstütztes Lernen für jede*n Schüler*in in jeder Schule möglich ist,
- Etablierung und Ausweitung einer effektiven Lehrer*innenausbildung sowie von Angeboten der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (ITK) und Medienpädagogik insbesondere hinsichtlich der didaktischen Möglichkeiten des Einsatzes digitaler Technologien und Materialien, so dass alle Lehrkräfte alle Lehr- und Lernformen für alle Schüler*innen gewinnbringend anwenden können.
- Ausbau des Sächsischen Schulportals zur landesweiten digitalen Bildungsplattform einschließlich eines für alle Schulen zugänglichen Lernmanagementsystems.
- Nutzung bestehender und Schaffung neuer Möglichkeiten für die Stärkung der Schulautonomie und der demokratischen Schulkultur (Mitwirkungsgremien) in digitalen Pilotschulen.
- Überarbeitung der Sächsischen Lehr- und Lernmittelverordnung, um die Lernmittelfreiheit auch für digitale Lernmaterialien zu garantieren.
- Prüfung und Gewährleistung der (Datenschutz)rechtskonformen Gestaltung und Einrichtung von Digitalisierungs-Maßnahmen.

3. methodisch-didaktische Ziele der Unterrichtsgestaltung anzupassen durch:

- Erarbeitung der notwendigen Lehrplangrundlagen für den Erwerb von Kompetenzen in der digitalen Welt und für das Lernen in digitalen Umgebungen.
- Prüfung und Weiterentwicklung der bestehenden Lehrpläne insgesamt in Bezug auf digitale Inhalte und die Einbeziehung digitaler Technologien.
- Evaluierung neuer Formen des Wissenserwerbs und neuer kommunikativer, kollaborativer Unterrichtspraktiken (Projektarbeit u. a.) sowie Dokumentation deren Ergebnisse und Bereitstellung zur Nutzung für alle Schulen.
- Prüfung und Entwicklung konkreter digitaler Mustermodule für ausgewählte Unterrichtsfächer.
- Beförderung der stärkeren Individualisierung des Lernens im Wege einer besonderen Förderung von Lerngruppen mit speziellen Bedarfen.
- Ausbau des selbstgesteuerten, zeit- und ortsunabhängigen Lernens im Rahmen kombinierter analoger und digitaler Bildungsangebote (sog. Blended-Learning-Konzepte).
- Ermöglichung und Förderung unterrichtsfachgrenzen- und altersstufenübergreifender Behandlung relevanter Themen.
- Erprobung der Auflösung der bestehenden strikten Regulierung von Lern- und Freizeiten, Prüfungspraktiken und Leistungsorientierung usw. in digitalen Pilotschulen.

Begründung:

Die Erfindung des Computers im 20. Jh. kann als Auslöser eines erneuten Leitmedienwechsels betrachtet werden, ähnlich bedeutsam wie die Erfindung der Schrift oder des Buchdrucks, die die Kultur der Literalität begründeten und prägten. In einer solchen Sichtweise wird deutlich, dass es beim Thema „Digitalisierung und Schule“ um mehr als die Wahl der richtigen Werkzeuge gehen muss. Der digitale Leitmedienwechsel prägt alle Aspekte unseres Lebens und stellt damit auch die Frage, **was** und **wie** in einer digitalen Welt gelehrt und gelernt werden soll. Es ist letztlich die Frage nach den Bildungserfahrungen, nach den Lehr- und Lernprozessen unter den Bedingungen einer Kultur der Digitalität. Im Kontext von Schule und Unterricht eröffnen sich zumindest fünf unterschiedliche, sinnvolle Perspektiven auf Digitalisierung und Bildung:

Deshalb ist es wichtig hervorzuheben, dass es nicht in erster Linie darum geht, Digitaltechnik in der Schule und im Unterricht einzusetzen, das Lehren und Lernen digital zu unterstützen oder die Lehrkräfte dementsprechend zu schulen. Vielmehr geht es darum, die der Bildung zugrundeliegenden Lehr- und Lernprozesse unter den veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität neu und ggf. anders zu denken.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ist das hierbei zu verfolgende Ziel deutlich mehr und etwas grundlegend anderes als ein lediglich digital optimierter Unterricht in tradierter Form. Es gilt, die Vorzüge und Errungenschaften der analogen Welt/Kultur/Schule mit den Chancen der digitalen Welt/Kultur/Schule zu verbinden und zu erweitern.

Schule und Unterricht können und müssen sich dazu wandeln, insbesondere durch neue und zeitgemäße kommunikative und kollaborative Lehr- und Lernpraktiken, durch Selbstorganisation und intrinsische Motivation, durch unterrichtsfachgrenzen- und altersstufenübergreifende Behandlung relevanter Themen, durch die Auflösung strikter Regulierung von Lern- und Freizeiten, Prüfungspraktiken und Leistungs- und Elitenorientierung, durch die generelle Verfügbarkeit der Welt in Echtzeit. Ohne ein solches Verständnis wird der Unterricht nur digital aussehen, nicht jedoch die digitalen Herausforderungen meistern.

Für die derzeitige Schüler*innen-Generation ist es besonders wichtig, sich in Gemeinschaft wiederzufinden, sei es in Blogs, Tweets oder sozialen Netzwerken. Auch Bildung muss aus Gemeinschaftlichkeit, aus Prozessen der Teilhabe, aus gemeinsam erworbenen und geteilten Erfahrungen erwachsen im Sinne einer Methodik und Didaktik, die auf das digitalgestützte Lernen und Unterrichten orientiert. Dabei gilt es durchaus die Gefahren für Individuum und Gesellschaft im Blick zu behalten, die mit der Digitalisierung verbunden sind: Einschränkung der Selbstbestimmung, der Souveränität und Solidarität, bei gleichzeitiger Tendenz zur Individualisierung, Vereinzelung, Entfremdung, Selbstverdatung usw.

Fest steht, dass sich mit bzw. über Digitalisierung keine grundsätzlichen Chancenungleichheiten kompensieren lassen; die soziale Schere wird auch durch Geräte nicht kleiner, denn Digitalisierung verbessert die Situation nur an der Oberfläche.

Daher müssen die grundlegenden Strukturen in den Blick genommen werden, wie das dreigliedrige Schulsystem, die Inklusion im weitesten Sinne, das Thema Ganztagschule und vor allem eine zeitgemäße Prüfungskultur.

Hier sind z. B. die Gemeinschaftsschulen schon auf einem guten Weg, die von der Struktur her bereits chancengerechter sind. Sie lassen eine sehr große Heterogenität zu, ermöglichen Partizipation und das gemeinschaftliche Lernen.

Der Motor in Bezug auf eine Veränderung von Lehr- und Lernprozessen liegt nicht im Bereich von Technologien, sondern in der Haltung und Einstellung der Akteure zu grundsätzlichen Veränderungen der Lehr- und Lernkultur.

Hierzu braucht es auch seitens der Politik Flexibilität und den Mut, Schulen mehr Eigenverantwortung und Freiheit zuzugestehen, eigene Wege zu gehen – in Bezug auf themenorientierten Unterricht, auf die Auflösung von Fächergrenzen und Stundentafeln.

In einer Kultur der Digitalität ist Schule nicht mehr nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern auch ein Lernort, an dem Kinder und Jugendliche Bildungserfahrungen gemeinschaftlich sammeln und teilen. Außerdem muss Schule nicht mehr nur an einem Ort stattfinden; es bedarf der Erweiterung analoger und digitaler Räume, in denen Kinder die Freiheit haben, miteinander zu kooperieren und zu kollaborieren, verbunden mit einer vielfältigen und einfach zu wartenden medialen Ausstattung.

Zudem sollte verstärkt auf die aktive Auseinandersetzung mit relevanten Themenstellungen aus dem Bereich der Nachhaltigkeit geachtet werden, die es Lehrenden und Lernenden ermöglicht, an den gesellschaftlich-relevanten Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Derart weitreichende Transformationsprozesse setzen grundsätzlich die Bereitschaft zur Veränderung voraus, die aber nötig ist, um Kinder und Jugendliche für einen lebenslangen Lernprozess zu begeistern und ihnen zu Autonomie und Partizipation zu verhelfen.

Nach den vorgenannten Feststellungen steht daher der Landtag in der unmittelbaren politischen Verantwortung, die Staatsregierung mit dem vorliegenden Antragsbegehren aufzufordern, die schon jetzt möglichen Wege zu einer zeitgemäßen Bildung unter den veränderten Bedingungen einer Kultur der Digitalität für die Schulen in Sachsen zu beschreiben.

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Kommunales Bildungsmanagement stärken – Kommunale Bildungslandschaft für das 21. Jahrhundert fit machen.

Der Landtag möge beschließen:

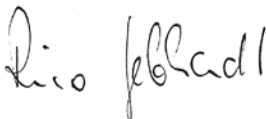
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen sowie die organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Gemeinden, Städte und Landkreise bei der Einführung eines kommunalen Bildungsmanagements als wichtigem Baustein bei der Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft zu unterstützen, mit dem

1. ein nachhaltiges und flächendeckendes Netz von Orten und Einrichtungen formeller Bildung wie Kindertageseinrichtungen, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie von Orten und Einrichtungen informeller Bildung bereitgestellt werden soll,
2. den vorhandenen regionalen und örtlichen Unterschieden und Segregationen durch die Gestaltung einer ausgleichenden und förderlichen sozialraumorientierten Bildungslandschaft, die allen Kindern und Jugendlichen gleiche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, aktiv entgegengewirkt werden soll,
3. insbesondere die nachfolgend genannten Maßnahmen genutzt bzw. umgehend realisiert werden sollen:

Dresden, den 13. Juli 2021

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- die Erstellung einer regionalisierten, sozialraumorientierten Bildungsplanung, in die alle Formen und Arten, formelle wie auch informelle Bildungsräume einbezogen sind;
- die bedarfsgerechte Verstärkung der personellen Ressourcen für die pädagogische, schulische, psychologische, soziale, sozialpädagogische und erzieherische Arbeit in kleinen Gruppen und eine regelmäßige, mindestens einmal in der Woche erfolgende Elternansprache;
- die Gewährleistung der erforderlichen Abstimmungsprozesse zwischen allen Beteiligten, um insbesondere den Unterrichtsbeginn in den schulischen Einrichtungen und die Fahrzeiten im ÖPNV zu koordinieren.

Begründung:

Die Kommunen sind der Ort, an dem die Menschen ihre täglichen Erfahrungen mit dem Bildungswesen machen – vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Berufs- und Weiterbildung. Sie sind der Ort, an dem die Menschen leben und ihren Bildungsweg gehen. Als Träger vieler verschiedener Bildungseinrichtungen tragen Gemeinden, Städte und Landkreise eine große Verantwortung. Die Erwartungen der Menschen an bestmögliche, vielfältige und zeitgemäße Bildungsangebote steigen.

Ein kommunales Bildungsmanagement verfolgt klare Ziele, dokumentiert das Erreichte; es verknüpft bildungspolitische Vorhaben und Ziele mit konkreten Maßnahmen im kommunalen Gefüge, um im Austausch mit allen Beteiligten Bildungsangebote und -abläufe zu verbessern. Die Kitas und Schulen sind der grundlegende Bestandteil einer kommunalen Bildungslandschaft und eines entsprechenden Bildungsmanagements.

Bundesweit haben 321 Landkreise und Städte Formen der Zusammenarbeit entwickelt und das kommunale Bildungsmanagement mit dem Ziel, durch Bildung zu integrieren, vorangebracht. Der Bund fördert das kommunale Bildungsmanagement.

Die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ des BMBF hat bundesweit dazu beigetragen, Modelle kommunaler Bildungssteuerung zu etablieren.

Zur wirksamen Erhöhung der Entwicklungs- und Bildungschancen von (benachteiligten) Kindern und Jugendlichen kann dadurch beigetragen werden, dass die vorhandenen, sowohl schulischen und vorschulischen als auch darüber hinaus gehende Räume, Orte und Möglichkeiten für Bildungsprozesse innerhalb des tatsächlichen Lebensumfeldes der Kinder genutzt und durch ein kommunales Bildungsmanagement koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

Ein erfolgreiches Bildungsmanagement in den Kommunen darf nicht an fehlenden Ressourcen scheitern. Hierfür braucht es die von der Fraktion DIE LINKE geforderten unbürokratische Bereitstellung der erforderlichen, insbesondere personellen und finanziellen Mittel sowie Ausstattungen für die sächsischen Kommunen durch das Land.

**SO GEHT
SOLIDARISCH**